

| | |
|---------------|----------------------------------|
| Aktenzeichen: | II - 1802 |
| Fachbereich: | GB IV: Recht |
| OrgZ.: | X17 |
| Gültigkeit: | Ab: 18.04.16 Bis: unbefristet |
| Sachstand: | 25.01.2016 |

Arbeitsanleitung 040

Verfahren zur Zusammenarbeit zwischen Jobcenter team.arbeit.hamburg und dem Hauptzollamt Hamburg-Stadt / Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei Hinweisen auf Unterschreitung des gesetzlichen Mindestlohnes

1. Anlass

Die Jobcenter sind gesetzlich verpflichtet, die Behörden der Zollverwaltung bei den Prüfungen nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) zu unterstützen (§ 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 SchwarzArbG). Die Grundsätze der Zusammenarbeit sind im Leitfaden SGB II beschrieben. Der Leitfaden ist in Abstimmung mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium der Finanzen erstellt worden. Aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) mit Wirkung zum 1. Januar 2015 wurde der Leitfaden überarbeitet und am 9. September 2015 im BA-Intranet unter SGB II > Geldleistungen > Leistungsmissbrauch > [OWiG](#) veröffentlicht.

Danach arbeiten die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) und die Jobcenter auch bei Verstößen gegen das MiLoG zusammen. Die Behörden sollen sich gegenseitig informieren, wenn ihnen Verstöße gegen das MiLoG bekannt werden. Die Informationen werden jeweils zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben benötigt. Die Jobcenter machen in diesen Fällen Anspruchsübergänge nach § 115 SGB X gegen die Arbeitgeber geltend, die Behörden der Zollverwaltung verfolgen Ordnungswidrigkeiten, die im Zusammenhang mit dem MiLoG stehen. Die Zusammenarbeit erfolgt in erster Linie zwischen den örtlichen Jobcentern einerseits und den Hauptzollämtern andererseits.

Diese Arbeitsanleitung legt daher die örtliche Zusammenarbeit zwischen Jobcenter team.arbeit.hamburg und dem Hauptzollamt Hamburg-Stadt / Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei Hinweisen auf Unterschreitung des gesetzlichen Mindestlohnes fest.

Anlass

2. Zuständig für die Ahndung von Mindestlohnverstößen ist die Zollverwaltung

Zuständigkeit der Zollverwaltung

Für die Prüfung der Zahlung des Mindestlohnes sowie für die Ahndung von Mindestlohnverstößen ist die FKS der Zollverwaltung zuständig, § 14 i.V.m. § 20 MiLoG. Jobcenter team.arbeit.hamburg ist eine Zusammenarbeitsbehörde nach § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 SchwarzArbG.

3. Zuständig für die Zusammenarbeit mit der Zollverwaltung im Jobcenter team.arbeit.hamburg ist der Geschäftsbereich IV: Recht, Rechtsstelle, Team X173

Zuständigkeit bei Jobcenter team.arbeit.hamburg

Für Jobcenter team.arbeit.hamburg übermittelt der Geschäftsbereich IV, Rechtsstelle, Team Ordnungswidrigkeiten (X173), Verdachtsfälle an die FKS.

4. Weiterleitung notwendiger Unterlagen durch die Standorte an X173

Weiterleitung der Unterlagen durch die Standorte an X173

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jobcenter team.arbeit.hamburg, die einen Verdacht der Lohnunterschreitung schöpfen, leiten – soweit vorhanden – über ihre Teamleitungen im Regelfall die nachfolgend aufgeführten Unterlagen X173 zu:

- Name und Anschrift des Arbeitgebers
- Arbeitsbescheinigung, Einkommensbescheinigung oder sonstige Unterlagen, aus denen der Verstoß hervorgeht
- Schreiben/Unterlagen, die im Zusammenhang mit dem Anspruchsübergang nach § 115 SGB X stehen

Erforderliche Unterlagen

Weiterhin ist eine mit dem Mindestlohnrechner angestellte Berechnung zu übersenden, die den Verdacht der Unterschreitung des Mindestlohns ergibt. Der Rechner ist unter <http://www.der-mindestlohn-wirkt.de/ml/DE/Service/Rechner/Mindestlohn-Rechner.html?jsessionid=B6F7C15097DAC730B38E8D582E7F2E3D> im Internet eingestellt.

Mindestlohnrechner

Weitere Unterlagen/Daten können im Einzelfall („Ausnahmefall“) erforderlich sein. Sie sollen beigefügt oder angegeben werden, wenn der Verfolgungsbezug oder das Erfordernis bei der Abgabe ersichtlich ist, oder die Behörden der Zollverwaltung in einer schriftlichen Anforderung die erforderlichen Unterlagen oder Daten konkret benennen und das Erfordernis sowie die genaue Rechtsgrundlage darlegen.

Die Übersendung kompletter Akten ist grundsätzlich nicht erforderlich.

Nur Übersendung der relevanten Aktenbestandteile

Da Jobcenter team.arbeit.hamburg nicht selbst die prüfende und ahndende Behörde hinsichtlich der Arbeitsbedingungen nach Maßgabe

des MiLoG ist, können die Unterlagen nur eingeschränkt und mit den den Jobcentern gegebenen verfahrensrechtlichen Befugnissen und Zielsetzungen beigezogen werden:

- Vom Arbeitgeber sind im Rahmen der Auskunfts- und Bescheinigungspflichten die Einkommensbescheinigungen zu erlangen.
- Von der leistungsberechtigten Person können im Rahmen der Feststellungen anrechenbarer Einnahmen aus nicht-selbstständiger Tätigkeit der Arbeitsvertrag, ggfs. eigene Stundenaufzeichnungen, vor allem aber Kontoauszüge abgefordert werden.

X173 prüft die Unterlagen auf Schlüssigkeit. Im Einzelfall wird Rücksprache gehalten oder es werden ggfs. weitere Unterlagen, insbesondere aus der Leistungsakte, nachgefordert.

Danach sendet X173 den Vorgang nach Prüfung sozialdatenschutzrechtlicher Belange mit Begleitschreiben an die FKS in Hamburg.

5. Zuständigkeit für die Bearbeitung von Ersuchen der FKS

Gemäß § 6 SchwarzArbG wird die FKS auch umgekehrt initiativ Informationen an Jobcenter team.arbeit.hamburg weitergeben. Sie können ein Ersuchen der FKS enthalten, bestimmte in der Leistungsakte enthaltene Vertrags- und Lohnunterlagen zu übermitteln. X173 leitet das Ersuchen zur leistungsrechtlichen Auswertung bzw. zur Übersendung der erbetenen Unterlagen an den zuständigen Standort weiter. Der Standort übermittelt seine Antwort an X173. X173 leitet die Unterlagen an die FKS unter Beachtung des Leitfadens über die Zusammenarbeit im Rechtskreis SGB II weiter.

Wendet sich die FKS mit dem Ersuchen direkt an einen Standort, so leitet der Standort seine Antwort an X173, damit X173 den Vorgang in der Fachanwendung FALKE erfassen und ihn unter Gesichtspunkten des Sozialdatenschutzes prüfen kann. X173 leitet die Unterlagen an die FKS weiter.

6. Statistische Einordnung

Das Fachverfahren FALKE ist in einem eng definierten Rahmen geeignet, die Meldungen von Mindestlohn-Verdachtsfällen an die Zollverwaltung statistisch zu erfassen. Bei X173 wird der Eingang der Mindestlohn-Sache mit der „Leistungsart: Arbeitslosengeld II“, der „Statistikzuordnung: Sonstige OWi-Tatbestände“ und dem Schlagwort „Mindestlohn“ in FALKE (Modul OWiG) erfasst. Mit der Weiterleitung an die FKS bzw. der endgültigen Beantwortung eines Ersuchens der FKS wird in FALKE die Erledigungsart „Abgabe an andere Behörde“ erfasst.

**Zuständigkeit bei
Ersuchen der FKS**

**Weiterleitung an
X173**

Statistik